

Amerika in seinen neuen Beziehungen zur Umwelt

Autor(en): **Schwarz, Urs**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **17 (1949-1950)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-758765>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

AMERIKA IN SEINEN NEUEN BEZIEHUNGEN ZUR UMWELT

VON URS SCHWARZ

Wer die Entwicklung der internationalen Beziehungen beobachtet, wird von der Tatsache gefesselt, daß nichts geschieht, ohne daß die Haltung der Vereinigten Staaten dieses Geschehen mitbestimmt. Wer vollends Gelegenheit hat, einen Augenblick in das politische Getriebe Washingtons zu tauchen, seine besondere Atmosphäre zu fühlen, wird erfüllt von dem Eindruck, daß alle Weltereignisse sich dort spiegeln, fast alle Weltereignisse in ihrem Gange von dort aus mitbestimmt werden.

Man kann sich mit dieser Erscheinung auf einfachste Art auseinandersetzen, indem man auf die überragende wirtschaftliche Macht der Vereinigten Staaten von Amerika hinweist, oder auf die Tatsache, daß nur zwei wirkliche Großmächte den zweiten Weltkrieg überlebt haben — Amerika und die Sowjetunion — und daß der zwischen ihnen bestehende Gegensatz notwendigerweise alles überschattet. Doch erklärt das noch nicht die aktive Teilnahme Amerikas an den Problemen der Welt. Die gewaltige materielle Macht, die es angesammelt hat und über die es uneingeschränkt gebietet, könnte ebensosehr der Ausgangspunkt sein für einen Rückzug in den Isolationismus, und die Krise in den Beziehungen zu der andern Weltmacht könnte zur Abschließung hinter immer höher zu türmenden Rüstungen führen. Warum das nicht geschieht hat innere Gründe. Sie zu finden bedeutet nicht nur politische Erkenntnis, sondern auch Vertiefung des Verständnisses für die geistige Entwicklung Amerikas.

Das Erlebnis zweier Weltkriege

Der erste Blick auf die wohlbekannteste Entwicklung der neuesten Geschichte zeigt, wie verschieden die Haltung der amerikanischen öffentlichen Meinung nach dem ersten und dem zweiten Weltkrieg war. Das Erlebnis des ersten Weltkriegs war nicht ohne Spuren geblieben, in der Zwischenkriegszeit hatte Amerika seine neue Rolle als Großmacht nie ganz abschütteln können. Die Beziehungen zu Südamerika hatten sich als eine ständige Schulung außenpolitischen Denkens erwiesen. Dazu kam aber das ungleich gewaltigere Erlebnis

des zweiten Weltkriegs, seine Eröffnung durch einen verheerenden Ueberfall auf die amerikanische Flotte in einem amerikanischen Hafen, das Gefühl, daß es gelte, sich gegen eine lebensgefährliche Koalition des Bösen zu verteidigen, der weltumspannende Charakter der Koalition, die von der Politik Deutschlands zusammengeführt worden war. Am 6. August 1945 aber hatte das amerikanische Volk erfahren, daß es über eine Waffe verfügte, welche vielleicht die Weltstrategie umstürzen würde. Wahrscheinlich wurde die erste Atombombe in ihrer militärischen Wirkung überschätzt, aber das ist heute ohne Bedeutung. Der Eindruck, den sie machte, führte jedem vor Augen, wie groß in einem technischen Zeitalter, das man schnell bereit war ein «atomisches Zeitalter» zu nennen, die Gefährdung jedes, selbst des größten Landes, durch einen Krieg war. Und die Bombe konnte als ungewöhnliche wissenschaftliche, technische und industrielle Leistung, welche die Phantasie eines technisch begabten und technisch gesinnten Volkes mehr anregte als irgendeine politische Ueberlegung, auch dem stumpfsten Gewissen die Verantwortung begreiflich machen, die der Schöpfer einer solchen Waffe auf sich nimmt.

In der Tat — diese Nachkriegszeit war anders. Amerika hatte praktisch allein die Aufgabe der Besetzung Japans und des Umbaus des militärisch-industriellen Kaiserreichs mit seinem gottgewollten Imperialismus in einen friedlichen, demokratischen Staat übernommen. Amerika hatte zusammen mit den andern Mächten die Besetzung Deutschlands bis zur Herstellung von Frieden und Sicherheit in Europa übernommen. Amerikanische Truppen blieben über den Erdball verteilt, die amerikanische Verwaltung und über ihr das Parlament hatten sich täglich mit den verwickelten Fragen, welche die Ueberwindung der Kriegsfolgen, die Herstellung eines neuen Gleichgewichts in Ostasien und Europa, aber auch die alltäglichen Probleme des Lebens fremder Bevölkerungen aufwarfen, auseinanderzusetzen. Sich von diesen Aufgaben loszumachen, bevor sie gelöst waren, erschien unmöglich.

Aber auch die innenpolitischen Bedingungen, die für ein dergestalt in internationale Beziehungen gestürztes Volk galten, begünstigten ein Heraustreten aus der Gedankenwelt des Isolationismus. Der New Deal hatte völlig neue Elemente in das öffentliche Leben gebracht. Die Ausdehnung der Staatsaufgaben, die Fülle der Probleme, die von der Verwaltung zu lösen waren, hatte Anlaß gegeben, daß das Bürgertum in höherem Maße als bisher in öffentliche Aemter gezogen wurde. Die Elite der Universitäten, die sonst in freien Berufen, im Lehramt oder Geschäftsleben ihre Betätigung suchte, begann in den Staatsapparat einzudringen. Diese neue Schicht von

Staatsdienern konnte nicht durch primitive nationalistische Schlagwörter, durch abgegriffene isolationistische Schlagwörter zur Untätigkeit gezwungen werden.

Entwicklung des Antikommunismus

Drohend wuchs aus den Trümmern, die der Krieg zurückgelassen hat, eine Erscheinung auf, gewaltig, undurchsichtig, eine Erscheinung, die allen Optimismus der Kriegszeit mit ihren pazifistischen und internationalistischen Hoffnungen zertrümmerte, die Sowjetunion mit ihrer zuerst schlecht verhüllten, als Mißtrauen getarnten Feindschaft gegen Amerika, die bald offen zur Nichtzusammenarbeit, zur Mißachtung früherer Abmachungen, zur Offensive gegen die innere Ordnung ihrer näheren und ferneren Nachbarn schritt. Die Motive dieser Macht in jedem einzelnen Zeitpunkt des Geschehens sind nicht mit Gewißheit zu erkennen, wenn auch kluge und kenntnisreiche Deutungen gerade von amerikanischer Seite versucht worden sind. Die Beratungen der Konferenz von San Francisco und die Voten, welche russische Vertreter seither in allen Organen der Vereinigten Nationen abgegeben haben, lassen deutlich ein Motiv zutage treten: Die von Amerika mit so überraschendem Schwung, so sehr im Gegensatz zu seinem Verhalten nach dem ersten Weltkrieg eingeleitete und geforderte internationale Zusammenarbeit ist dem russischen Denken unerträglich. Der dem russischen Denken einzig vorstellbare Polizeistaat verlangt wasserdichte Abteilungen, in denen der Einzelne zuverlässig erfaßt und unterdrückt werden kann. Die sozialistische Planwirtschaft ist ohne die Einteilung der Welt in Isolierzellen nicht denkbar. Auf einem andern Blatt steht dann, wie viele solcher Zellen zu einer einzigen unter einer zentralen Diktatur zusammengeschmolzen werden sollen und können.

Kriegsziele der Vereinigten Staaten von Amerika waren, auf einfachste Formeln zurückgeführt, im Jahre 1917 die Vernichtung des Militarismus, der Geheimdiplomatie und des Systems von Allianzen, im Jahre 1941 die Ausrottung von Faschismus, Nationalsozialismus und Militarismus. Rußland hat sich bemüht, in seiner Außenpolitik so nahe als möglich an diese Vorbilder heranzukommen. So bedurfte es nur eines kurzen Uebergangs, um die Rußlandbegeisterung, die aus der kurzen Zeit der Waffenbrüderschaft erwachsen war und für die zum Beispiel die Erinnerungen eines so nüchternen Mannes wie General Eisenhowers ein beredtes Zeugnis ablegen, umzuwandeln in ein Gefühl der Enttäuschung, der Erbitterung. Es hätte kaum der Aufklärungskampagne der amerikanischen Presse bedurft — da die Aufklärung von Rußland und seinen Vertretern an allen internatio-

nalen Konferenzen übernommen wurde —, um die bis 1933 in Amerika genährten entschieden antikommunistischen Gefühle wieder aufleben zu lassen und zu der Erkenntnis zu führen, daß der Kommunismus als Feind der Freiheit und als eine nach Weltherrschaft strebende totalitäre Staatsform dem Faschismus und Nationalsozialismus ungefähr gleichwertig an die Seite zu stellen ist. Der russische Militarismus, den viele Amerikaner in Deutschland und Oesterreich in Funktion beobachten konnten, trug noch dazu bei, die innere und äußere Aehnlichkeit des russischen Nationalismus und Sozialismus mit dem deutschen Nationalsozialismus dem Amerikaner zum Bewußtsein zu bringen.

So ist heute die Ablehnung des Kommunismus als eine starke, ja beherrschende Vorstellung in das Denken der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes eingedrungen. Auf Schritt und Tritt stößt man in Amerika auf die Zeichen einer Gesinnung, die den Kommunismus als den Gegenpol alles dessen betrachtet, für das Amerika einsteht — gleich wie einst den Nationalsozialismus.

Fünf Grundsätze

Die Außenpolitik des Staates läßt sich sicherlich nicht von solchen Strömungen der öffentlichen Meinung treiben, aber sie hat sie zu berücksichtigen. Die Außenpolitik wächst vielmehr aus einigen wenigen Grundsätzen heraus, die sich im Laufe der Jahre herausgebildet haben. Sie kommen der Umwelt gelegentlich zwar als nicht sehr grundsätzlich vor, in ihrer Gesamtheit sind sie aber doch zu einer Basis für eine kraftvolle Außenpolitik geworden. Sie können wie folgt umschrieben werden:

Der erste ist die Absicht der Unterstützung aller Völker, die für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen. Dieser Grundsatz ist unendlich oft von amerikanischen Staatsmännern verkündet worden — charakteristisch ist die Aeußerung von Staatssekretär Cordell Hull, der 1944 erklärte:

«Wir haben während hundertfünfzig Jahren allen Nationen der Erde die Freiheit gepredigt, allen Völkern dieser Erde, und wir haben selbst in Freiheit gelebt. Wir haben alle Nationen ermutigt, nach Freiheit zu streben und Freiheit zu genießen.» Oder Staatssekretär Marshall in seiner Rede vom 5. Juni 1947 in der Harvard Universität: «Es ist die politische Tradition der Vereinigten Staaten, die Nationen der Westlichen Hemisphäre bei der Erhaltung ihrer Unabhängigkeit zu unterstützen.» Oder Präsident Truman am 5. Januar 1949: «Wir unternehmen alles, was in unserer Macht steht,

um das Bestehen von freien Staaten und freien Völkern auf der ganzen Welt zu fördern...»

Der zweite Grundsatz, zum Teil die Nutzanwendung des ersten auf den amerikanischen Kontinent, kam 1823 in der Erklärung Präsident Monroes zum Ausdruck, die als Monroe-Doktrin volle Anerkennung auch in Europa fand, und welche die territoriale Festsetzung europäischer Mächte auf dem amerikanischen Doppelkontinent ausschließt sowie die Uebertragung von Kolonien von einer Macht auf eine andere verbietet.

Ein dritter Grundsatz kann in der Erklärung Staatssekretärs Stimson vom 7. Januar 1932 erblickt werden, der — im Zusammenhang mit der Besetzung der Mandschurei durch Japan — die These aufstellte, daß Amerika territoriale Veränderungen, welche die Früchte einer Aggression sind, nicht anerkenne.

Weiter ist es ein Grundsatz amerikanischer Außenpolitik, neu entstehenden unabhängigen Staaten sofort die Anerkennung zu erteilen — es ist eine logische Folge aus dem ersten Prinzip — und vor kurzem im Zusammenhang mit der Entstehung des Staates Israel wieder angewendet worden.

Schließlich darf den Rang eines Grundsatzes die Auffassung beanspruchen, daß ein freiheitliches Regierungssystem im Ausland, welches die Unterstützung der Vereinigten Staaten verdient, nur ein solches ist, das sich auf freie Wahlen gründet — aber auch dann nur, wenn es dem Volk die Freiheiten gewährt, welche die Pfeiler der amerikanischen Verfassung sind — Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Glaubensfreiheit, Freiheit vor willkürlicher Verhaftung.

Diese Auffassung bedeutet aber nicht, daß Amerika sie andern Ländern aufzuzwingen beabsichtigt. Die Senatoren Vandenberg und Conally erklärten das feierlich in Reden, die sie im April 1947, mit ausdrücklicher Erwähnung von Rußland, hielten, und in denen sie betonten, daß Rußland das Regierungssystem haben möge, das ihm gut scheine — daß es dieses aber nicht durch Gewalt anderen Ländern aufzwingen dürfe. «Wir anerkennen das Recht der Selbstbestimmung für Rußland genau wie wir es für die Amerikaner und andere in Anspruch nehmen.» (Vandenberg.)

Anwendung der Grundsätze: Die Truman-Doktrin

Und nun folgen aus diesen Thesen, seitdem das hemmende Prinzip des Isolationismus durch historische Vorgänge aufgehoben worden ist, mit zwingender Notwendigkeit die Schritte der amerikanischen Außenpolitik, deren Zeugen wir sind.

Die Bedrohung von Griechenland und der Türkei durch die Sowjetunion vom Jahre 1946 an — die Nord- und Nordwestgrenze Griechenlands war durch kommunistische Banden aus den Nachbarstaaten überschritten worden, Rußland hatte der Türkei (1947) die gemeinsame Ueberwachung der Meerengen vorgeschlagen — führte zu der Erklärung Präsident Trumans an den Kongreß im März 1947, die heute als Truman-Doktrin bekannt ist. Darin wird Griechenland und der Türkei und jedem Volk Hilfe zur Abwehr von Versuchen bewaffneter Minderheiten oder auswärtiger Mächte, durch direkte oder indirekte Aggression ein totalitäres Regime aufzurichten, in Aussicht gestellt. Diese Doktrin, und die sich daraus ergebende Hilfe, hat der Türkei Sicherheit gegeben und es Griechenland ermöglicht, den Abwehrkampf weiterzuführen. Im Falle der Tschechoslowakei im Februar 1948 wurde sie nicht angewendet . . . Sie ist aber wieder formuliert worden in der neuesten Manifestation amerikanischen außenpolitischen Willens, im Atlantikpakt.

Der Marshall-Plan

Bald folgte die Uebertragung des Gedankens der Unterstützung freier Völker vom politischen auch auf das wirtschaftliche Gebiet. Die Entstehung des «European Recovery Program» im Frühsommer 1947, seine Verwirklichung durch parallele Anstrengungen auf beiden Seiten des Ozeans zu schildern, würde den Rahmen dieser Skizze sprengen. Erwähnt werden muß aber, daß heute in Amerika der Gedanke der Wirtschaftshilfe nicht mehr in Frage gestellt wird. Trotz den großen Opfern, die sie jedem einzelnen Amerikaner aufbürdet, ist sie ein eigentlich populäres Unternehmen. Bezeichnend dafür, daß sich die Vorstellung im Amerikaner festgesetzt hat, die eigene Prosperität könne nicht bestehen, ohne daß auch die Umwelt ihren Lebensstandard steigern kann, ist die Aufnahme des sogenannten Punktes 4 der «Inaugural Adress» Präsident Trumans vom 21. Januar dieses Jahres. Darin brachte er die Absicht zum Ausdruck, den zurückgebliebenen Völkern — vor allem dachte er wohl an Teile Südamerikas und an Asien — durch industrielle Hilfe, durch Zurverfügungstellen amerikanischer Erfahrung das Erreichen besserer Lebensbedingungen zu ermöglichen. In Amerika faßte man das in weiten Kreisen sofort als die Vorankündigung eines neuen Marshall-Plans auf, ohne daß sich wesentliche Kritik regte.

Nach der herrschenden amerikanischen Auffassung ist aber die Wirtschaftshilfe nur zweckmäßig, wenn sie befristet werden kann in dem Sinn, daß sie dem Empfänger Gelegenheit gibt, von ihr wie-

der unabhängig zu werden. Die Geschichte Amerikas und die Meinung, daß die Vereinigten Staaten ihre hohe Prosperität vor allem dank der Tatsache erreicht haben, daß sie ein riesiges Freihandelsgebiet darstellen, führt notwendigerweise in Amerika zu der Vorstellung, daß Europa sich ebenfalls wirtschaftlich und politisch zusammenschließen müßte, um seine gegenwärtigen — und dauernden — Schwierigkeiten zu überwinden. Amerika verlangt deshalb, daß in Europa wirklich Schritte in der Richtung auf die Beseitigung der Binnenschranken unternommen werden. Und wir tun gut daran, dem Rechnung zu tragen, wenn es auch dem unterrichteten Europäer klar ist, daß ein komplizierter Organismus wie unser alter Kontinent nicht in seinen Grundzügen verwandelt werden kann, ohne in ernsteste Gefahr zu geraten. Und ferner sollte Europa die Motive Amerikas richtig würdigen und die eigenartige Mischung von Idealismus und Eigennutz, die in seinen wirtschaftspolitischen Initiativen zum Ausdruck kommt, in ihrem vollen Wert erkennen. Denn Idealismus und christliches Verantwortungsgefühl, die das öffentliche Leben Amerikas so stark prägen, kommen nun auch in der Gestaltung der Außenpolitik, seit das amerikanische Volk sich tatsächlich nach außen gewandt hat, in entscheidendem Maß zum Ausdruck.

Die Charta von Havanna

In engem Zusammenhang mit der Wirtschaftshilfe steht der Versuch, durch die Internationale Handelsorganisation (ITO) die Schranken, welche dem internationalen Handel entgegenstehen, niederzulegen und wieder zum freien Austausch von Gütern, Leistungen und Zahlungen zurückzukehren. In der Vorstellung des früheren Unterstaatssekretärs für Wirtschaftsfragen, William Clayton, wäre die ITO gewissermaßen die Fortsetzung eines erfolgreich durchgeführten Marshall-Plans geworden, das Institut, welches den Rückfall in die Fehler, welche den Marshall-Plan zum Teil nötig gemacht haben, verhindern würde. Clayton sagte bei der Eröffnung der Konferenz in Havanna:

«Es stehen uns nur zwei Wege offen. Der eine führt zu Multilateralismus, Verzicht auf diskriminierende Maßnahmen im Handelsverkehr, mit der daraus folgenden Steigerung von Produktion, Verteilung und Verbrauch von Gütern in der Welt, und glücklicheren Beziehungen zwischen allen Ländern. Der andere führt zu Wirtschaftsnationalismus, einschränkenden Praktiken, Bilateralismus, diskriminatorischen Maßnahmen, mit der daraus folgenden Senkung

des Lebensstandards und gegenseitigen Verstimmung. Jetzt müssen wir zwischen diesen beiden Wegen wählen.»

Ob die Charta von Havanna, mit ihren unzähligen Einschränkungen des gesunden Grundprinzips, ihren Verbeugungen vor den Irrtümern sozialistischer Planwirtschaft wirklich dieses Ziel näherbringen wird, ist eine Frage. Und man muß feststellen, daß auch in Amerika ihre Grundsätze nur von Teilen der öffentlichen Meinung, von Teilen der Demokratischen Partei, vor allem von den aus freihändlerischen Traditionen aufgewachsenen Süddemokraten wie Clayton geteilt werden, daß aber die Republikaner in ihrer großen Mehrheit, daß der Norden und der Osten, daß viele Gewerkschaften nach wie vor schutzzöllnerisch eingestellt sind.

Während Cordell Hull in den dreißiger Jahren nach der mißglückten Londoner Wirtschaftskonferenz (1933) seinen Kampf um eine Herabsetzung der Zollschränken führte, der schließlich zur «Reciprocal Trade Agreements Act» führte, erfolgten immer wieder protektionistische Vorstöße von republikanischer Seite. Der ephemere Wahlsieg der Republikaner im November 1946 führte zwar nicht zur Aufhebung der «Reciprocal Trade Agreements Act», aber zu ihrer Verwässerung. Im Januar haben die parlamentarischen Vorgefachte zu ihrer Wiederherstellung begonnen, wobei gewaltige Mächte, wie zum Beispiel der Chemietrust Du Pont de Nemours, Widerstand leisten. Trotzdem zweifelt man in Washington kaum daran, daß die Wiederherstellung des Gesetzes gelingen wird — die CIO, ein Teil der AFL, die Farmer, die Importeure, aber auch weite Industriekreise sind dafür gewonnen. Die Folge ist, daß die Regierung, ohne auf die Zustimmung des Kongresses angewiesen zu sein, Herabsetzungen der Zolltarife anbieten kann, wenn sie dafür entsprechendes Entgegenkommen beim ausländischen Verhandlungspartner findet.

Die Vereinigten Nationen

Fast gleichzeitig mit der ersten Verwendung der Atombombe begann die Bewegung, welche versuchte, den Gebrauch der Atomenergie für zerstörende Zwecke auszuschalten. Voller Hoffnung blickte man damals auf die neu entstandenen Vereinigten Nationen; was lag näher, als die Lösung in ihrem Rahmen zu suchen? Der berühmte Lilienthal-Acheson-Bericht, der später als Baruch-Plan dem Sicherheitsrat der Vereinigten Nationen vorgelegt wurde, suchte das Verbot der Atomkriegführung mit der umfassendsten internationalen Kontrolle aller spaltbaren Stoffe, vom Bergwerk bis zu ihrer Ver-

wendung, einzuführen. Alle diese Vorschläge scheiterten an der Weigerung der Sowjetunion, irgendeine wirksame Kontrolle zuzulassen.

Die Unmöglichkeit, diese Frage, eines der schicksalsschwersten Probleme, die unserer Zeit zur Lösung aufgetragen sind und die nur auf internationaler Basis angepackt werden können, durch das Mittel der Vereinigten Nationen zu bewältigen, ist nur ein Beispiel für das häufige Versagen der in Amerika mit größten Hoffnungen begrüßten neuen Weltsicherheitsorganisation. Dieses Versagen ist, wie man weiß, fast in allen Fällen auf die Obstruktionstaktik der Sowjetunion zurückzuführen. Verständlich deshalb, daß sich in Amerika sehr früh der Gedanke regte, Mittel zu suchen, um diese Lähmung zu beseitigen und in den Vereinigten Nationen trotz Vetorecht der Großmächte doch die Friedensgarantie zu finden, nach welcher die Welt — und in ganz besonders ausgeprägtem Maße das amerikanische Volk — sich sehnt. Ende 1947 machte Hamilton Fish Armstrong, der Herausgeber der Zeitschrift «Foreign Affairs», in seinem Buch «The Calculated Risk» den Vorschlag, daß eine Anzahl von Mitgliedern der Vereinigten Nationen sich durch einen Zusatz zur Satzung verpflichten sollten, im Falle eines Angriffs gemeinsam diesem Angriff Widerstand zu leisten, auch wenn der Sicherheitsrat nicht imstande sein sollte, die Gegenaktion zu beschließen. Im Mai 1948 nahm der Senat eine von Senator Vandenberg unterbreitete Resolution an, welche eine Politik zur Stärkung der Vereinigten Nationen empfahl. Eine der wichtigsten der empfohlenen Maßnahmen ist der von Armstrong angeregte Zusammenschluß zur kollektiven Selbstverteidigung.

Der Atlantikpakt

Dieser Zusammenschluß wurde am 4. April in Washington verwirklicht durch die Unterzeichnung des Nordatlantikpakts. Die Bedeutung dieses Vertrags kann nicht voll ermessen werden, wenn man ihn nur vom europäischen Standpunkt aus betrachtet — für uns sind Militärbündnisse etwas fast Alltägliches. Für die Vereinigten Staaten aber bedeutet es, daß sie sich zum erstenmal in Friedenszeiten auf eine Allianz außerhalb Amerikas eingelassen haben. Wenn man sich daran erinnert, daß 1919 Artikel 10 des Völkerbundspakts, welcher vorsah, daß im Falle einer Aggression der Völkerbundsrat die zu treffenden Gegenmaßnahmen empfehlen sollte, dem amerikanischen Senat unannehmbar schien und die Ratifikation des Friedensvertrags und den Beitritt zum Völkerbund verhinderte, so ermißt man auch, welche gewaltige Entwicklung sich vollzogen hat. Die Bedenken und

Rückzugsgefechte, die gegenwärtig im Senat die Ratifikation des Nordatlantikpaktes verzögern, können niemanden verwundern.

Wenn man eine Vandenberg-Resolution vernimmt, wenn man einen Atlantikpakt liest, wenn man die Haltung einer amerikanischen Delegation an einer Generalversammlung der Vereinten Nationen beobachtet — immer wieder findet man bestätigt, daß das Wunder des Eintritts der Vereinten Staaten von Amerika als aktive Macht in die Weltpolitik sich nur durch Vermittlung der Weltsicherheitsorganisation vollenden konnte. Die historischen Gründe dessen, was eben als Wunder bezeichnet wurde, sind hier gestreift worden. Aber auch die Hemmungen, die diesen historischen Gründen entgegenstanden, waren zum Teil noch vorhanden und machten sich immer wieder bemerkbar. Die Rede, welche Churchill im März 1946 in Fulton hielt, und in der er eine enge Zusammenarbeit zwischen England und Amerika empfahl, stieß in Amerika zuerst auf fast allgemeine Ablehnung. Besonders der Gedanke eines Bündnisses wurde aufs schärfste bekämpft... Es ist nicht abzusehen, wie alle diese Hemmungen, die dem Entschlusse, dem Ruf zu folgen, entgegengestanden hätten, überwunden worden wären, wenn nicht die Teilnahme an einer weltumspannenden, allgemeinen Friedenssicherung, verbunden mit allgemeiner Wohlförderung, auf das amerikanische Gemüt mit lebhaftester Anziehungskraft wirken würde.

Zweifel mit Bezug auf China

Der Angriff Japans gegen China hatte seinerzeit das Prinzip der Nichtanerkennung gewaltsamer Eroberungen reifen lassen, die Bedrohung der Selbständigkeit Chinas war jahrelang die politische Hauptsorge, und die Wiederherstellung Chinas in seinen früheren Grenzen eines der wichtigsten Kriegsziele der Vereinten Staaten gewesen. So mag es heute überraschen, daß Amerika der Eroberung Chinas durch den Kommunismus untätig zuschaut. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Einer der wichtigsten ist, daß General Marshall während seiner Friedensmission, die er vor der Berufung in das Amt des Staatssekretärs — im Jahre 1946 — durchführte, einen denkbar ungünstigen Eindruck von der Regierung in Nanking gewonnen hatte, den chinesischen Kommunisten indessen nicht ohne weiteres die Eigenschaft von bloßen Werkzeugen Moskaus zubilligte. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung Amerikas betrachtet demnach den Konflikt eher als innere Auseinandersetzung zwischen zwei Bürgerkriegsparteien, über deren Vorzüge und Nachteile man sich nicht schlüssig ist, denn als einen Fall «Innerer Aggression». Dazu kommt die Erfah-

rung, daß selbst die bedeutenden Mittel Amerikas in der endlosen Weite Chinas bis jetzt stets versickert sind, ohne sichtbare Wirkungen hervorzubringen. So entschied man sich denn in Washington für Europa, in der Ueberzeugung, daß die dort verwendeten Mittel nutzbringender angelegt sind, daß dort ein weit stärkerer Erfolg des «Containment» erzielt werden könne, als wenn man sich in China festlege. Und immer noch hofft man, daß in China die kommunistische Herrschaft ebenso an der riesigen Ausdehnung des Landes und an dem Unabhängigkeitssinn chinesischer Provinzialherrscher scheitern könnte wie die der Kuomintang.

Immerhin gibt es starke Strömungen, die ein Eingreifen in China befürworten. Sie stützen sich auf die These, daß selbst geringe Mittel, richtig und am richtigen Ort gebraucht, der Regierung von Canton/Formosa wieder das Uebergewicht verleihen könnten. Tausende von jungen Amerikanern stehen auch bereit, um als Freiwillige das kühne Abenteuer der «Flying Tigers» zu wiederholen. Und eine ernste Entwicklung der kommunistischen Offensive in Indochina, Siam, Malaya, Burma und Indien könnte sehr wohl auch für Washington der Anlaß für eine ganz neue Ueberprüfung der Lage werden.

Japan und Deutschland

So groß auch der Zweifel an der Möglichkeit, das Geschehen in China zu bestimmen, sein mag, so ist er doch nicht stark genug, überhaupt zum Defaitismus mit Bezug auf Ostasien zu führen. Welches auch immer die Stimmung gewisser Armeekreise mit Bezug auf Japan sein mag — an dem Entschlusse, Japan besetzt zu halten, bis es keine Gefahr mehr für den Frieden bedeutet, ist ernstlich nicht zu zweifeln. Die Niederwerfung Japans hat zu schwere Opfer gefordert, als daß sich Amerika von der dort übernommenen Aufgabe zurückziehen möchte, bevor sie erfüllt ist. Wie die Aufgabe gelöst werden muß, wie sie gelöst werden kann, ist allerdings noch sehr umstritten. Der anfänglich vorhandene enthusiastische Glaube, daß man Länder demokratisieren könne, ist längst gewichen, und man erkennt, daß demokratische Institutionen aus der Tiefe eines Volkes selbst aufwachsen müssen. Aber man bemüht sich doch, wenigstens den Samen zu legen. Und vollkommene Klarheit besteht darüber, daß Japan auf keinen Fall aufgerüstet werden wird, um als «Bollwerk» gegen irgendeine Gefahr zu dienen.

Was für den Kriegsgegner in Ostasien gilt, gilt in mancher Beziehung auch für den geschlagenen Feind in Europa. Nach manchem Schwanken, das so weit auseinanderliegende Extreme wie den Mor-

genthau-Plan und den Gedanken einer Wiederaufrüstung Deutschlands berührte, hat sich heute ein mittlerer Kurs eingeschpielt. Der Gedanke einer Bewaffnung Deutschlands wird dabei von den maßgebenden Persönlichkeiten heute als verderblich zurückgewiesen.

Fester Kurs

Meinungsverschiedenheiten über Außenpolitik bestehen immer noch, aber die Auffassungen scheiden sich nicht mehr an den innenpolitischen Parteigrenzen. Mit erstaunlicher Deutlichkeit zeichnen sich Grundsätze ab, und man spürt Festigkeit in ihrer Verfolgung. Das Prinzip der kollektiven Sicherheit, der kollektiven Abwehr innerer und äußerer Aggression, und dasjenige der Wohlförderung auf der ganzen Welt als einzige dauernde Garantie für eigenen Wohlstand und dauernden Frieden ruht heute in der Hand Amerikas ebenso fest wie einst die «Balance of Power» in derjenigen Englands. Aber auch im Bereich des Persönlichen zeigt sich heute Festigkeit. Was Amerika, das stets über bedeutende Persönlichkeiten verfügte, im Gebiet der Beziehungen zur Außenwelt so oft fehlte — Leadership, Führerschaft — ist heute vorhanden. Der gegen alle Prognosen gewählte Präsident, der neue Truman, der von größtem Selbstvertrauen erfüllt ist, wird sich kaum von dem einmal eingeschlagenen Weg abdrängen lassen. Truman war es, der einen so bedeutenden Mann wie Marshall zur Leitung der amerikanischen Außenpolitik berief, und wenn nicht alle Zeichen trügen, so hat er in Dean Acheson einen würdigen Nachfolger ausgewählt. Führer des Kongresses packen außenpolitische Probleme mutig an — ja, zwischen den beiden Häusern des Kongresses hat sich eine gewisse Rivalität um das Recht zur Behandlung außenpolitischer Angelegenheiten entwickelt — so sehr ist das Interesse an den Beziehungen zur Umwelt gestiegen. Und so sehr kann man aus Bearbeitung Popularität gewinnen. In beiden Häusern des Kongresses sind Verbindungsstellen des Staatsdepartements errichtet worden, die in vertrauensvollen Beziehungen zu den Parlamentariern stehen. Es geht ein Zug der freudigen Annahme außenpolitischer Verantwortlichkeit durch das amerikanische Leben, der sich von dem früheren weltfremden Pazifismus oder mürrischen Isolationismus stark abhebt.

Die große Wendung kann vielleicht mit der einfachen Formel bezeichnet werden: Bedeutete früher für Amerika der Begriff Krieg einen Konflikt zwischen listigen und unverträglichen Ausländern, so weiß es heute, daß Krieg — Krieg für Amerika bedeutet.